






Auswertung der Antworten zu den Forderungen der SoVD-Jugend NRW zur Landtagswahl in NRW am 14.05.2017

Anlässlich der Landtagswahl am 14. Mai 2017 hat die SoVD-Jugend NRW Forderungen an die Politik formuliert. Diese Forderungen wurden an die Parteien in Nordrhein-Westfalen übersandt. Fast alle Parteien haben geantwortet. Die Piratenfraktion hat in ihrer Antwort leider keinen Bezug zu unseren Forderungen hergestellt und lediglich auf ihr Wahlprogramm und ihre bereits eingebrachten Anträge verwiesen. Von der AfD NRW haben wir keine Antwort erhalten.

1. Soziale Teilhabe für alle Kinder und Jugendlichen ermöglichen

Die SoVD Jugend NRW fordert die gleichberechtigte Teilhabe am Leben von Kindern und Jugendlichen aus wirtschaftlich schwächeren Familien und Kindern und Jugendlichen mit Handicap.



	<ul style="list-style-type: none"> - Sozio-kulturelle Teilhabe, ein selbstbestimmtes Leben und sozialen Aufstieg ermöglichen - individuelle Förderung von Kindern von Anfang an, mit einer auskömmlichen Existenzsicherung, der besten Bildung und eines bedarfsgerechten Zugangs zu mobilitätsfördernder Infrastruktur - Politik der Vorbeugung „kein Kind zurücklassen“ - Systemwechsel in der Familienförderung notwendig mit der Schaffung einer sozio-kulturellen Existenzsicherung für alle Kinder mit einer unbürokratischen Zusammenführung der Leistungen wie Kinderfreibetrag, Kindergeld, Kinderzuschlag und Kinderregelsatz - Chancengleichheit und Teilhabe bei gleichzeitiger Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen - Familien mit niedrigem Einkommen und Alleinerziehende benötigen bedarfsdeckende Unterstützung - Perspektivisch die Einrichtung einer Kindergrundsicherung - „gute Arbeitsplätze“ mit armutsfesten und existenzsichernden Löhnen, denn Kinderarmut ist Elternarmut - Menschen mit Behinderung sollen gleichberechtigt an allen Facetten des Lebens teilhaben können und ein selbstbestimmtes Leben ohne Barrieren führen können - Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung
	<ul style="list-style-type: none"> - Volle gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Handicap durch inklusive und integrative Weiterentwicklung und Öffnung der Angebote in der Kinder-, Jugend- und Familienarbeit

	<ul style="list-style-type: none"> - Befähigung aller Kinder zur Teilhabe - Gleiche Teilhabechancen durch gute Infrastruktur ermöglichen - Gesamte Entwicklung des Kindes in den Blick nehmen und vorbeugende Politik mit Projekt „Kein Kind zurücklassen“ weiterführen - PlusKITA-Einrichtungen für Kinder, die mehr Förderung benötigen (d.h. mehr finanzielle Mittel und Personal für diese Einrichtungen) - Finanzielle Aufstockung des Jugendförderplans - Präventionsgesetz auf den Weg bringen - Kindergrundsicherung - Abschaffung der Studiengebühren
	<ul style="list-style-type: none"> - Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung um Familienarmut und die damit einhergehende Kinderarmut zu bekämpfen - Bedarfsgerechte Betreuungsangebote schaffen, z. B. 24-Stunden-Kita - Betreuungsmöglichkeiten für Schüler durch Rechtsanspruch auf Ganztagsplatz verbessern - Ein selbstbestimmtes Leben ohne Bevormundung für Menschen mit Behinderung ermöglichen - Abbau von öffentlichen Barrieren im öffentlichen Raum und im Wohnumfeld - Kommunen sollen spezielle Quoten für barrierefreie Wohnungen individuell festlegen - Persönliches Budget durch qualifizierte und unabhängige Beratung und vereinfachte Verfahren besser nutzbar machen
	<ul style="list-style-type: none"> - Soziale Teilhabe, gleiche Bildungschancen, gute und bezahlbare Mobilität für alle - Alle Menschen sollen frei von Armut, selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können - Hartz IV-Reform mit einer Erhöhung der Regelsätze, der Abschaffung von Sanktionen und Leistungskürzungen, keiner Anrechnung des Kindergeldes auf Sozialleistungen, Verbot von Energiesperren und Zwangsumzügen, um die Kosten der Unterkunft an tatsächliche Bedingung vor Ort anzupassen, ein Sozialticket für 15,-€ statt 35,-€ - Landesweites Konzept für Kinder und Familien in besonders benachteiligten Stadtteilen - Finanzielle Unterstützung der Kommunen zum Aufbau der Infrastruktur - Sichere Einkommen - Bessere Bildungs-, Betreuungs- und Freizeitangebote in Kitas und Ganztagschulen - Landesmindestlohn von 12,-€

2. Gleiche Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen gewährleisten

Die SoVD Jugend NRW fordert die Gewährleistung von gleichen Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen sowie die Schaffung aller Voraussetzungen für eine inklusive Schule und einen inklusiven Ausbildungsmarkt. Jeder Jugendliche muss die Chance auf einen Schulabschluss und einen Ausbildungsplatz erhalten. Das Ausbildungsplatzangebot muss dem Grundrecht nach Berufswahlfreiheit Rechnung tragen.


	<ul style="list-style-type: none"> - Gleiche Bildungschancen für alle - Manifest „Gute Schule. Beste Bildung“: Vereinfachung der Bildungsübergänge, schulische Inklusion, mehr Lehrpersonal, Transparenz über Unterrichtsausfall - Einführung eines Sozialindex zur Zuweisung von Personalressourcen - Besondere Anreize für Lehrkräfte im Einsatz in Stadtteilen mit vielen Kindern mit höherem Förderbedarf - Fortsetzung des Programms zur sozialen Arbeit an Schulen - Längeres gemeinsames Lernen und die direkte Umwandlung bestehender Hauptschulen und Realschulen ermöglichen - SPD bekennt sich zum Ziel der Vereinten Nationen und zum Recht auf inklusive Beschulung - Für eine gelingende Inklusion sorgen mit dem Ausbau multiprofessioneller Teams, um den Einsatz von Doppelbesetzungen und Phasen individueller Förderung zu ermöglichen - Fortsetzung des Landesprogramms „Kein Abschluss ohne Anschluss“ - Flexiblere Zugänge zur Ausbildung - Bundesweite Ausbildungsgarantie
	<ul style="list-style-type: none"> - Inklusion in einer vielfältigen Bildungslandschaft - Zusammenführen der Kompetenzen von Lehrkräften und Sonderpädagogen - Beenden der Förderschulschließungen nach rein rechnerischen Gesichtspunkten - Ausbau sog. „Vorreiterschulen“, in denen inklusiver Unterricht stattfindet - Betriebe zur Erfüllung der Schwerbehindertenquote bewegen
	<ul style="list-style-type: none"> - Recht auf inklusive Beschulung wurde verankert - Schaffung eines inklusiven Schulsystems ist Generationenaufgabe, Umsetzung soll schrittweise erfolgen - Längeres gemeinsames Lernen

	<ul style="list-style-type: none"> - Bessere Unterstützung der Schulen durch mehr Personal, Fortbildungen und multiprofessionelle Teams - Ausbau des Ganztags mit Konzept Ganztage Plus - Soziale Arbeit an Schulen sichern - Einführung eines Sozialindex für zusätzliche Ressourcen für Schulen in sozial schwierigen Stadtteilen - Weiterentwicklung des Konzepts „Kein Abschluss ohne Anschluss“
	<ul style="list-style-type: none"> - Jedes Kind individuell in den Blick nehmen und bestmöglich fördern - Bessere Unterstützung für Schulen, z. B. durch multiprofessionelle Teams mit Sozialpädagogen - Sicherung von Anreizsystemen für Lehrer in Schulen in Stadtteilen mit vielen Kindern mit erhöhtem Förderbedarf - Mehr Vertretungspersonal - Bessere Nutzung des Ganztages durch individuelle Förderung u. a. auch Verzahnung mit musikalischen Angeboten und Sportvereinen - Rechtsanspruch auf einen Ganztagesplatz - Verbindliche Qualitätsstandards für Personal und Sachausstattung an Ganztage Schulen - Unterstützen des Anliegens der Inklusion, Ablehnung der Umsetzung einer Inklusion die Kinder mit Handicaps schlechter als zuvor fördert, Qualität vor Tempo - Schwerpunktschulen für inklusiven Unterricht - Förderschulen beibehalten
	<ul style="list-style-type: none"> - Längeres gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse - Eine Schule für alle im gebundenen Ganztage Schulsystem, die inklusiv und mit sozialen und kulturellen Angeboten und einem gebührenfreien Mittagessen gestaltet ist - Inklusion funktioniert, es braucht mehr Lehrer und eine bessere Schulausstattung - Abbau von Barrieren

3. Für eine gerechte Zukunft

Die SoVD Jugend NRW fordert eine verantwortungsvolle und nachhaltige Politik für eine gerechte Zukunft der heutigen Kinder und Jugendlichen und den nachfolgenden Generationen. Die Folgen politischen Handelns für die nachfolgenden Generationen müssen mitgedacht werden und die junge Generation soll mehr Möglichkeiten der Mitgestaltung erhalten.

	<ul style="list-style-type: none"> - mehr Mitsprache- und Mitwirkungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche - Ausbau der Mobilität mit der Förderung der Vernetzung von alternativen Beförderungsangeboten wie Sammeltaxen, Taxibussen - Landeseinheitliche Tarife - Vergünstigtes Ticket für Azubis analog zum Semesterticket - Erhöhung der finanziellen Mittel für die Jugendarbeit - Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre - Aufbau einer landesweiten Interessensvertretung von Jugendlichen - Stärkere Einbindung von Kindern und Jugendlichen in Planungsprozesse auf kommunaler Ebene
	<ul style="list-style-type: none"> - Neuausrichtung der Familienpolitik mit Prüfung von Gesetzesvorhaben in Hinblick auf die Auswirkungen auf die Lebenswirklichkeit von Familien und Generationengerechtigkeit
	<ul style="list-style-type: none"> - Jugendliche zur politischen Teilhabe und Mitgestaltung befähigen - Ausbau der Beteiligungsrechte von Jugendlichen - Einführen von Jugendcheck (Überprüfen von Gesetzesinteressen, ob Interessen von Jugendlichen ausreichend berücksichtigt) - Unabhängiges Jugendmonitoring, Förderung von Personal und Infrastruktur - Wahlrecht ab 16 Jahre - Recht auf Beteiligung der Jugend in Gemeindeverordnung - Ökologisch-soziale Modernisierung mit grünen Technologien - Ziel der Nachhaltigkeit in Landesverfassung verankern sowie Überprüfen von Gesetzesentwürfen in Hinblick auf Nachhaltigkeitskriterien - Einbindung der Zivilgesellschaft durch Nachhaltigkeitsbeirat
	<ul style="list-style-type: none"> - Verankerung einer effektiven Schuldenbremse in der Landesverfassung - Investition in Bildung und Infrastruktur - Befristung von Gesetzen - Unabhängiges Jugendparlament nach schottischem Vorbild - Verpflichtung der Kommunen, Kinder und Jugendliche zu beteiligen, z. B. durch Jugendräte

	<ul style="list-style-type: none"> - Stärkung der Servicestelle für Kinder- und Jugendbeteiligung
	<ul style="list-style-type: none"> - Gerechtes Steuersystem, so dass Reichtum umverteilt wird - Reduzierung des Ressourcenverbrauchs und von Umweltschäden - Sozial-ökologischer Umbau (gerechte Umverteilung von Einkommen, Vermögen und Arbeitszeiten, Abbau von Schulden)